

**15**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 10. April 1975

## Verteidigung Europas festigen

**Die kommunistische Aggression in Vietnam stellt einen eklatanten Bruch gültiger internationaler Verträge dar. Sie zeigt, daß die kommunistischen Staaten trotz Entspannungspolitik nicht bereit sind, auf militärische Aggressionen als einem wesentlichen Bestandteil ihrer Politik zu verzichten. Mit dieser Tatsache sind wir auch in Europa unverändert konfrontiert.**

Dies stellte der Bundesvorstand der CDU auf seiner Sitzung in Kiel (7. April 1975) fest, nachdem er sich unter der Leitung von Helmut Kohl eingehend mit der Lage in Indochina und ihren außen- und sicherheitspolitischen Folgen für die Bundesrepublik und die Europäische Gemeinschaft befaßt hatte. In der Entschließung heißt es weiter:

Die Ereignisse in Südostasien enthüllen die Realität einer angeblichen Entspannungs- und Koexistenzpolitik der kommunistischen Staaten. Es ist deshalb notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland

- ① Abschied nimmt von einer unrealistischen Entspannungsbegeisterung, die in den letzten Jahren den klaren Blick für die unvermindert anhaltende kommunistische Bedrohungs- und Expansionspolitik verstellte,

(Fortsetzung auf Seite 2)

### ■ SPD

Skandalöse Hintergründe einer Spende von 200 000 DM an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurden Anfang dieser Woche vom „Spiegel“ aufgedeckt. Seite 4

### ■ ARBEITSMARKT

Die geringfügige Abnahme der Arbeitslosenquote ist ausschließlich saisonal bedingt. Die durch die schwache Konjunktur verursachte Arbeitslosigkeit hat hingegen zugenommen. Seite 5

### ■ BK SCHMIDT

Der Bundeskanzler findet kein vernünftiges Verhältnis zu Journalisten. Dies zeigt sein jüngster Auftritt in der Redaktion des „Flensburger Tageblatts“, wo er restlos auf Fragen von Redakteuren die Haltung verlor. Seite 7

### ■ KOALITION

SPD und FDP benutzen demagogische Mittel als praktisches Rezept zur Erhaltung ihrer Macht, wie eine Analyse des Planungsstabes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachweist. Seiten 11—13

### ■ FAMILIE

Eine Stellungnahme der CDU zur gegenwärtigen Diskussion um das Ehe- und Familienrecht. Dokumentation

(Fortsetzung von Seite 1)

② alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO die Sicherheit und die Verteidigungsbereitschaft Europas gegenüber kommunistischer Bedrohung zu gewährleisten,

③ die politischen und wirtschaftlichen Bindungen zu den USA festigt und ausbaut.

Der Bundesvorstand der CDU bekräftigte außerdem die Aufforderung des CDU-Vorsitzenden an den Bundeskanzler, schnell mit den Regierungschefs der EG-Staaten eine gemeinsame umfassende Hilfe Europas für die in große Not und menschliches Elend geratene Bevölkerung Vietnams und Kambodschas zustande zu bringen. Angesichts des Flüchtlingseleuds, des Leidens von Millionen Menschen und der zunehmenden Funktionsunfähigkeit staatlicher Ordnung reichen einzelne Spenden allein nicht aus, um die Not zu lindern. Notwendig ist vielmehr eine umfassendere solidarische Aktion humanitärer Hilfe für Indochina, an der sich alle Länder der Europäischen Gemeinschaft beteiligen müssen.

Helmut Kohl erläuterte im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung vor der Presse vor allem die Folgen der kommunistischen Aggression für die Bundesrepublik. Er erklärte:

„Die Entwicklung in Indochina wird mit Sicherheit auch die Frage der Verteidigungsbereitschaft der NATO aufwerfen. Die Geschehnisse in Vietnam, aber auch die Entwicklung in Portugal, also mitten in Europa, muß uns alle dazu bewegen, mit äußerster Entschiedenheit zur Kenntnis zu nehmen, daß der Weltkommunismus überhaupt nicht die Absicht hat, sein Ziel — die Weltrevolution — aufzugeben.“

## ■ INFORMATIONEN

### Schütz: Trend weiter gegen die SPD

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, teilt nicht die Absicht führender SPD-Politiker, daß der gegen die SPD gerichtete Trend bei den Landtagswahlen beendet ist. Gegenüber dem Magazin „Esprit“ sagte Schütz, etwa zehn Prozent der Wähler seien bei den Wahlen seit 1973 von der SPD zur CDU übergegangen. Von einer Wende dieser Tendenz könne keine Rede sein.

Diese Entwicklung sei „auf ein Gefühl der Unsicherheit, verursacht durch die veränderte internationale Lage, die Rückschläge in der Wirtschaft u. a. m. zurückzuführen. Offensichtlich hat ein beträchtlicher Teil sozialdemokratischer Wähler nicht mehr das Vertrauen in die SPD gehabt“. Dieses Unbehagen habe sich „über einen längeren Zeitraum angesammelt“, sagte Schütz. An Hand der Berliner Wahlergebnisse sei er zu dem Schluß gekommen, „daß der Einbruch sehr stark bei der eigentlichen SPD-Traditionswählerschaft erfolgt ist, die zur CDU übergegangen ist“.

### Kolpingwerk duldet keine Jusos mehr

Mitglieder der katholischen Gesellenvereinigung „Kolpingwerk“ dürfen sich nicht länger aktiv in der SPD-Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten betätigen. In einem in Köln veröffentlichten Beschluß stellt der Zentralvorstand des Kolpingwerkes fest, daß die gleichzeitige Zugehörigkeit seiner knapp 200 000 Mitglieder zu radikalen Parteien und Gruppierungen unzulässig sei. Als Organisation, deren Bestrebungen den

Zielen des Kolpingwerkes widersprechen, wurden als Beispiele „die DKP, die KPD, die NPD und die Arbeitsgemeinschaft der Jusos“ genannt. Der Beschluß geht auf einen Antrag des Diözesanverbandes München und Freising zurück.

## JU bittet um Hilfe für Vietnam

Die Junge Union Westfalen-Lippe hat eine Aktion „JU bittet um Hilfe für Vietnam“ gestartet, die auch von anderen Verbänden aufgenommen werden sollte. Im Rahmen dieser Aktion sind geplant:

1. Straßen- und Häusersammlungen durch Mitglieder der Jungen Union.
2. Aufruf durch Orts- und Kreisverbände der JU an Vereine, Verbände und Familien zur Übernahme von Patenschaften für Vietnamkinder.
3. Aufforderung des JU-Landesverbandes an die Kreisverbände von JU und CDU, für die Vietnam-Flüchtlingshilfe Spenden zur Verfügung zu stellen.
4. Zentrale Demonstrationsveranstaltungen der JU Westfalen-Lippe am Samstag, 12. April, in Bottrop.

Die Junge Union fordert Jungsozialisten und Jungdemokraten auf, Terror und Gewalt durch Vietkong und Nordvietnamesen in Südostasien zu verurteilen und sich an der Aktion „Hilfe für Vietnam“ zu beteiligen.

Für diesen Fall erklärt die JU ihre Bereitschaft, die gesamte Aktion unter der neutralen Flagge des „Ringes politischer Jugend“ durchzuführen.

Die Junge Union sieht es als eine menschliche Verpflichtung an, sich jetzt zum Thema Vietnam zu äußern und zu diesem Zeitpunkt eine solche Aktion zu starten.

## STICHWORTE

### Hauchdünn war

*die Mehrheit, die mit 143 zu 133 Stimmen bei der Jahreshauptversammlung des SPD-Unterbezirks Nürnberg-Fürth den Juso-Antrag gegen das Aufnahmeverbot für verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst ablehnte.*

### Der DGB

*hat einen Mitgliederzuwachs von 3,3 Prozent zu verzeichnen. Er umfaßt 7,406 Millionen, das sind 0,238 mehr als im Vorjahr. DGB plus Angehörige anderer Arbeitnehmer-Organisationen ergibt rd. 9 Millionen Organisierte.*

### Für ein besseres

*Verhältnis der CDU zu den Intellektuellen hat sich der Vorsitzende Helmut Kohl in einem Beitrag der christlich-demokratischen Jahreszeitschrift „Sonde“ ausgesprochen.*

### Vor der Gefahr

*einer neuen starken Inflationswelle in Europa warnt die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen. Diese Inflationswelle könne sich von 1977 an ausbreiten und dem für 1976 erwarteten Konjunkturaufschwung aufgepfropft sein.*

### Klage erheben

*wird die Düsseldorfer CDU unmittelbar nach den Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag. Grund: In einem Wahlbezirk kandidiert das Mitglied der DKP, die Lehrerin Dorothea Schmidt. Die CDU will darauf bestehen, daß nach dem Radikalen-erlaß verfahren wird.*

### Vor 1977

*wird es nach Auskunft des Bundesverkehrsministeriums keine Entscheidung darüber geben, ob für den Bereich der Bundesrepublik auf Autobahnen ein Tempolimit eingeführt wird.*

## ■ SPD

# Skandalöse Hintergründe einer 200 000-DM-Spende

**Die Union sei die „Partei des großen Geldes“. Mit dieser Verleumdung bestreiten Sozialdemokraten die Landtagswahlkämpfe. Welche Heuchelei dahinter steht, zeigt folgendes Beispiel, das am Wochenende vom „Spiegel“ aufgedeckt worden ist. Hier die Tatsachen:**

**A**m 1. Dezember 1972 erhielt Frankfurts damaliger SPD-Schatzmeister Hans Wöll von dem Kaufmann Albert Abela 200 000 DM in bar gezahlt, angeblich „für die beeindruckende Aufbauleistung der Stadt Frankfurt unter Führung der SPD“. In dem Rechenschaftsbericht der SPD für das Jahr 1972, in dem der Spender nach gesetzlicher Verpflichtung hätte namentlich genannt werden müssen, sucht man die Spende und den Namen des Spenders vergeblich.

Weit schwerwiegender sind jedoch die Zusammenhänge, unter denen dieses Geld gezahlt wurde. Abela hatte zwar mit der Spende keine Auflagen verbunden, jedoch Schatzmeister Wöll verpflichtet, „meinen Freunden im Unterbezirksvorstand davon Mitteilung zu geben“. Unter den Freunden: Oberbürgermeister Rudi Arndt, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Frankfurter Flughafen AG (FAG), und Bürgermeister Rudolf Sölich, FAG-Aufsichtsratsmitglied und Vorsitzender des FAG-Finanzausschusses.

Der spendenbereite Albert Abela hatte freilich ein Anliegen: Er wollte Deutschlands aufwendigste Tiefgarage unter dem Rhein-Main-Terminal von der FAG pachten und auf eigene Rechnung betreiben. Abela kam mit dem Vorstandsvorsitzenden, dem Arndt-Vertrauten Erich Becker (SPD) auch tatsächlich ins Geschäft. Als Abela wegen der zu geringen Auslastung des Parkhauses das Geld ausging, gründete er mit dem Perser Firuz Selmi, „Bruder des Frankfurter Bankiers, Wolkenkratzerbauherrn und Grundstücksspekulanten Ali Selmi“ (Spiegel), die „Alpark Allgemeine Parkhaus GmbH“, die als Geschäftspartner der FAG auftrat.

Nun mußte Schatzmeister Wöll erfahren, daß nicht Abela als Spendengeber „für die beeindruckende Aufbauleistung der Stadt Frankfurt unter Führung der SPD“ auftrat, sondern er diese Spende im Auftrag der „Alpark“ entrichtet hatte. Abela schrieb am 19. Dezember 1972, eine Woche nach der Abzeichnung des Vertrages mit der FAG an die „Alpark“, daß diese Zahlung „in Ihrem Namen und für Ihre Rechnung geleistet worden ist, den Gegenwert habe ich von Ihnen in bar erhalten“.

Die hessische CDU wird die anrühige Verbindung der FAG und der „Alpark“, deren Vertrag wegen einer 14-Millionen-Mark-Schuld gekündigt wurde, nicht auf sich beruhen lassen. Im Hessischen Landtag wird jetzt die Landesregierung auf eine Große Anfrage hin Rede und Antwort stehen müssen.

Mit dem Frankfurter Flughafenskandal muß sich außerdem die Bundesregierung beschäftigen. Der hessische Bundestagsabgeordnete Dieter Hussing (Hanau) hat dazu entsprechende Fragen an die Bundesregierung als einen der Kapitaleigner der Frankfurter Flughafen AG gerichtet.

## ■ ARBEITSMARKT

# Konjunkturelle Arbeitslosigkeit hat noch weiter zugenommen

**„Ausschließlich saisonbedingt“ ist im März in der Bundesrepublik die Zahl der Arbeitslosen um 69 500 auf 1 114 000 zurückgegangen. Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, feststellte, könne von einer konjunkturellen Wende am Arbeitsmarkt noch keine Rede sein. Auch die Zahl der offenen Stellen nahm für diese Jahreszahl ungewöhnlich wenig zu und die Zahl der Kurzarbeiter bleibt weiter hoch (813 400).**

Diese Fakten bestätigen erneut die realistische Einschätzung der Lage durch die Union; sie widerlegen eindeutig die allein von Wahltaktik gefärbten Prophezeiungen des Bundeskanzlers sowie führender SPD/FDP-Politiker. Nachfolgend eine Analyse der neuen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit:

Dem ersten Saisonzuwachs der Beschäftigung steht ein noch anhaltender konjunktureller Abwärtstrend gegenüber, der vor allem in einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie zum Ausdruck kommt. Die „saisonbereinigte“ Zahl der Arbeitslosen ist vom Februar zum März um nahezu 60 000 auf nun 898 000 weiter geklettert, – dieser konjunkturbedingte harte Kern der Arbeitslosigkeit ist damit zum ersten Mal der Quote von vier Prozent nahegekommen.

Bei der Ermittlung der saisonbereinigten Zahlen werden die jeweils gemelde-

ten Monatszahlen der Arbeitslosen und offenen Stellen von den starken jahreszeitlichen Schwankungen isoliert.

Arbeitslosenquote Jahr/Monat	Tat- sächlich	Saison- bereinigt
1974 Januar	2,7	1,8
April	2,3	2,3
Juni	2,0	2,6
Dezember	4,2	3,4
1975 Januar	5,1	3,4
Februar	5,2	3,7
März	4,9	3,9

Letztlich bedeuten somit die neuen Daten, daß der konjunkturelle Stand der Dinge gegenwärtig ungünstiger ist als noch bis vor kurzem angenommen wurde. Die in den nächsten Monaten zu erwartende weitere Saisonbelebung ist demgemäß lediglich mit einer Größenordnung von gut 200 000 Arbeitsplätzen zu veranschlagen, die zurückgewonnen werden können.

Der harte Kern der konjunkturbedingten Arbeitslosigkeit aber ist mit fast 900 000 zunächst noch ungleich größer als alle einschlägigen Stellen und insbesondere auch die Wirtschaftsforscher bisher angenommen haben. Wie es in den nächsten Monaten weitergeht, bleibt abzuwarten. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, daß sich gegenwärtig rund 200 000 Arbeitnehmer einer beruflichen Umschulung unterziehen, also nicht arbeiten und nicht als arbeitslos geführt werden.

## ■ VW-KONZERN

### Die Belegschaft muß endlich Klarheit haben

**Die Belegschaft des VW-Konzerns in allen seinen Werken muß so schnell wie möglich wissen, woran sie ist. Die Ungewißheit um die künftige Entwicklung dieses großen und wichtigen Unternehmens dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Helmut Kohl erklärte hierzu im Anschluß an die Sitzung des Bundesvorstandes in Kiel (7. 4. 1975) folgendes:**

**E**s ist unsere Auffassung, daß die Verantwortlichen, und das betrifft die Bundesregierung, im Zusammenhang mit der unerträglichen Diskussion über die Zahl der Entlassungen jetzt als Stunde der Wahrheit den Betroffenen sagen sollten, was wirklich beabsichtigt ist. Wenn der letzte Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums feststellt, daß von einem gesicherten, dauerhaften Aufschwung keine Rede sein kann, ist das die Wahrheit, und das sollte jetzt im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung, Dr. E. Müller-Hermann, zur Lage bei VW/Audi:

Die heutigen Probleme des VW-Werkes rühren vordergründig von der Entwicklung der Lohnstückkosten und den veränderten Währungsparitäten her, die

die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns stark beeinträchtigt haben. Eine noch tiefergreifendere Ursache ist die ständige Einflußnahme der Politik auf die unternehmerischen Entscheidungen über den Aufsichtsrat.

Das Beispiel des VW-Werkes, wie übrigens auch der Bundesbahn, zeigt in alarmierender Weise, welche Folgen eintreten, wenn unternehmerisch notwendige Anpassungsprozesse von außen ständig verzögert oder gar verhindert werden.

So sollte jetzt auch nicht die Politik dem Vorstand des VW-Werkes in den Rücken fallen, zumal man unterstellen kann, daß die Unternehmensführung sich sehr wohl auch ihrer sozialen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt ist.

Am Beispiel des VW-Werkes zeigt sich zugleich, daß die Bundesregierung in der Strukturpolitik total versagt hat. Die Bundesregierung hätte seit langem voraussehen müssen, daß in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft Überkapazitäten entstanden sind, die nicht auf Dauer durch überdimensionierte Exportaufträge ausgelastet werden können.

Was die Bundesregierung in der Phase der Hochkonjunktur trotz wiederholten Drängens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versäumt hat, muß jetzt unter sehr viel schwierigeren Umständen nachgeholt werden:

Es müssen alte Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden, indem vor allem mit den Mitteln von Forschung und Entwicklung solche Produktionen und Dienstleistungen gefördert werden, die sich mit ihrer hochwertigen Qualität auch auf einem sich ständig verändernden Weltmarkt dauerhaft durchsetzen können.

## BUNDESKANZLER UND PRESSE

# Zum Thema Grundvertrag brauchte Schmidt Nachhilfe

**Bundeskanzler Schmidt findet kein „vernünftiges Verhältnis“ zu Journalisten, hat jüngst der frühere Bundespressechef und heutige SPD-MdB Conrad Ahlers festgestellt. In welcher Manier dieser Bundeskanzler in der Tat mit Journalisten umgeht, hat kurz vor Ostern das „Flensburger Tageblatt“ erfahren. Dort machte Schmidt auf Einladung der Redaktion einen Besuch. Nachfolgend zwei Berichte darüber. Zuerst den des SPD-Journalisten Frank Sommer in der SPD-eigenen „Hamburger Morgenpost“ (nach dem Motto: Denen hat's unser Helmut aber gegeben):**

„Helmut Schmidt ist wieder der alte. Von seiner schweren Krankheit ist nichts nachgeblieben. In die Endphase des schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampfes stürzt er sich, kaum hat ihn der Bundeswehrhubschrauber in Flensburg aufgesetzt, mit gewohntem Schwung: Als erste bekommen Herausgeber und Redaktion der ‚Flensburger Zeitung‘ zu spüren, daß der Kanzler wieder da ist . . . Helmut Schmidt ist auf das Gespräch vorbereitet. Er hat Beispiele parat, bleibt keine Antwort schuldig: ‚Ein solches Maß an Borniertheit, wie hier in diesem Hause, ist mir in den letzten 20 Jahren nicht untergekommen!‘ ruft er auf den Tisch schlagend aus. Der Besuch wird den Damen und Herren noch einige Zeit im Gedächtnis haften.“

Den zweiten Bericht schreiben die Redakteure der gastgebenden Zeitung selbst. Hier einige Passagen daraus, denen wohl nichts hinzuzufügen ist:

„Mehrere Faktoren haben möglicherweise dazu beigetragen, daß Schmidt während des Interviews und gleich im Anschluß daran ein paarmal ‚hochging‘ und die Grenze zur schlichten Unhöflichkeit tangierte. Da paßten ihm unsere Fragen nicht. Da paßte es ihm nicht, daß wir seine Antworten nicht gewissermaßen mit zusammengenommenen Hacken entgegennahmen, sondern nachzufragen wagten. Vielleicht war er auch von irgendwelchen Beratern vorher unzulänglich unterrichtet, falsch programmiert worden. Vielleicht — und das wäre natürlich ein Grund, den Schwamm über das Ganze zu ziehen — geht es ihm gesundheitlich doch noch nicht so gut, wie er es verständlicherweise zu demonstrieren sucht.

Wir waren keineswegs persönlich gekränkt, aber wir waren verwundert und betroffen, daß der Mann, der die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Händen hat, durch zwei ‚Provinz-Redakteure‘ aus der Fassung zu bringen war und dem gleichen Tisch Faustschläge versetzte, an den er sich — in seiner schriftlichen Zusage — doch ‚gern‘ setzen wollte.

Natürlich haben wir keine Fragen gestellt, die zu beantworten dem Besucher Schmidt spontane Freude bereitet hätte.

Wir sind schließlich nicht im sogenannten sozialistischen Lager, wo man als staatseigener Journalist die Prominenz nur fragen darf, welche segensreichen Perspektiven ihre neuesten Maßnahmen zur Überwindung von XYZ wohl haben werden. Und wo man um der eigenen Existenz willen sich auch den leisesten Anschein verkneifen muß, als sei man mit der Antwort des betreffenden hohen Herrn nicht ganz zufrieden.

Wo wir klare Antworten erhofft hatten, wich Schmidt aus. Auf die Frage nach den von vielen Sachverständigen für unvermeidlich gehaltenen Steuererhöhungen spätestens ab 1977 zog er sich auf die Formalie zurück, daß man heute noch nichts über die zukünftigen finanziellen Entscheidungen sagen könne. Die Ursachen von Inflation und Arbeitslosigkeit verlagerte Schmidt wieder einmal total nach draußen, auf die Dollar-Produzenten und die Öl-Scheichs; über die verheerenden Folgen der Kluncker-Runde vom Frühjahr 1974 verlor er kein Wort.

Wir fragten Schmidt nach der Büsser-Juso-Resolution vom Januar, die eine deutliche Etappe bei der Eskalation der politischen Diffamierungen darstellte. Er tat es mit der linken Hand ab: ‚n paar junge Leute, die in der Formulierung entgleisen.‘ Und er verbat sich, laut werdend, weitere Fragen zu diesem Thema: Er sei von Verfassung wegen nicht als ‚Splitterrichter über Polemiken‘ angestellt, sondern als ‚Bundeskanzler zur Regierung dieses Landes!‘ Im Raum stand das Kommando: ‚Stillgestanden!‘

Beklemmend leise wurde der Bundeskanzler anschließend, als wir ihn — der schließlich auch Chef der Bonner Deutschland-Politik ist — auf den Artikel 2 des Grundvertrages hinwiesen, in dem die Bundesrepublik und die DDR

sich gegenseitig verpflichten, sich ‚leiten‘ zu lassen u. a. vom ‚Selbstbestimmungsrecht und der Wahrung der Menschenrechte‘.

Alles hätten wir erwartet, nur nicht, daß Schmidt ungläubig zurückfragte, ob das wirklich im Grundvertrag stehe... (Es steht darin, und auf des Kanzlers Bitte besorgten wir den Vertragstext.) Wir fragten, ob die DDR sich seiner Meinung nach an diese Vertragsbestimmungen halte. Eine Frage, die weiß Gott nicht ‚polemisch‘ ist, sondern an den Kern der deutsch-deutschen Beziehungen geht.

Aber der Bundeskanzler war nicht in der Lage, klare Auskunft zu geben. Immer wieder stockend, gab er eine ellenlange ‚Antwort‘, die keine war. Hätten wir geahnt, daß unser Regierungschef nicht weiß, was in dem doch wohl wichtigsten Vertrag der jüngsten deutschen Vergangenheit steht, hätten wir ihm diese Frage nicht gestellt. Und hätten uns vielleicht seine Ungnade nicht gar so zugezogen...“

## Was dieser Bundeskanzler vergessen hat

Der Artikel 2 des Grundvertrages, den Schmidt in Flensburg nicht kannte, hat folgenden Wortlaut:

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.“

## ■ KOALITION

### Ehemalige FDP-Mitglieder für CDU aktiv

Eine „Liberaler Wählerinitiative für die CDU“ haben in Schleswig-Holstein ehemalige und jetzt parteilose Mitglieder der FDP, darunter der frühere Finanzminister Hans H. Qualen, gegründet. Wie in Kiel mitgeteilt wurde, will die Initiative die CDU im Landtagswahlkampf unterstützen, weil nur sie in diesem Land eindeutige liberale Positionen vertrete. Die FDP habe sich, gelenkt von Jungdemokratenfunktionären, zu einer Partei entwickelt, die in manchen Bereichen noch links von der SPD stehe.

### Rechts- und Linksradikale in einem Boot

Zur Stuttgarter NPD-Klage gegen das Land Baden-Württemberg (vergl. UID 13/75) trifft der CDU/CSU-Obmann im Innenausschuß des Bundestages Dr. Karl Miltner u. a. folgende Feststellungen: „Der Rechtsstandpunkt des Landes Baden-Württemberg und der CDU/CSU beruht auf klaren Rechtsgrundlagen, die im Hinblick auf Linksradikale bereits in mehreren verwaltungsgerichtlichen Prozessen bestätigt wurden. Verfahrensrechtlich ist indessen bemerkenswert, daß erstmals eine der als verfassungsfeindlich bezeichneten Parteien und Organisationen selbst Klage erhoben hat. Anders als in allen bisherigen Prozessen, in denen stets einzelne Mitglieder der verfassungsfeindlichen Gruppierungen als Kläger auftraten, wird damit die NPD selbst als Partei vor Gericht stehen und sich zur Vereinbarkeit ihrer Ziele mit der Verfassungstreuepflicht im öffentlichen Dienst zu verantworten ha-

ben. Ich warte mit Interesse, ob andere radikale Organisationen, insbesondere die DKP mit ihren Hilfsgruppen, dem Schritt folgen und sich in gleicher Weise einer gerichtlichen Prüfung stellen werden.“

### Ehemalige SPD-Mitglieder treten in die CDU ein

16 ehemalige Pinneberger SPD-Mitglieder sind zur CDU übergetreten. Die Exsozialdemokraten waren vor der Kommunalwahl 1974 mit über 100 gleichgesinnten Genossen, unter ihnen Ortsvereinsvorsitzender Horst Lange, wegen linksextremer Tendenzen in der örtlichen SPD aus der Partei ausgetreten. Die Gruppe, der auch das frühere SPD-Vorstandsmitglied Uwe Lange als Sohn des früheren Vorsitzenden angehört, hat erklärt, sie habe den Zeitpunkt ihres Beitritts zur CDU bewußt gewählt, um kurz vor der Landtagswahl nochmals ein Zeichen zu setzen.

### Jusos unterstützen Kommunisten in Vietnam

Weder gegen den Bruch des Waffenstillstandes durch die Kommunisten noch gegen das unmenschliche Leid von vielen Hunderttausend Flüchtlingen in Vietnam haben die Linken und die Jusos auch nur mit einem Wort protestiert. Offensichtlich hatte es ihnen die Sprache verschlagen. Doch jetzt protestieren sie wieder — gegen Verteidigungsminister Leber.

In einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hatte Leber am Wochenende u. a. geschrieben, über lange Zeit habe es zum guten Ton gehört, „den Amerikanern Vorwürfe zu machen, weil sie sich in Vietnam engagieren. Sie waren Verbrecher, weil sie die Glut des Kommunismus von Südvietnam wegzuhalten suchten“. Jene, die

damals zum „Ami go home“ aufgerufen hätten, gehörten heute mit zu denen, die mit Blick auf Europa die Frage stellen, ob man der Bündnistreue der Amerikaner noch trauen dürfe.

Doch die Jusos haben nichts dazu gelernt. Sie werfen Leber vor, mit seinen Feststellungen „in krassem Widerspruch zu SPD-Parteitagebsbeschlüssen und der erklärten Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung“ zu stehen. In ihrer Erklärung betonen sie ferner, daß sie die „antiimperialistischen Ziele“ der Befreiungsfront unterstützen, die auch von der breiten Mehrheit des vietnamesischen Volkes getragen würden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die provisorische Revolutionsregierung (Vietkong) anzuerkennen und sich für eine Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht einzusetzen.

Schließlich schrecken die Jusos nicht einmal vor der Behauptung zurück, Ursache des Flüchtlingselends sei „die von den USA entwickelte verbrecherische Kriegstaktik und Propaganda der Saigoner Regierung“.

## **NDR gewährt Kommunisten 20 Minuten Sendezeit**

Demonstrationszüge gegen eine Fahrpreiserhöhung brachten vor einigen Tagen allabendlich den Straßenbahnverkehr in Hannover zum Erliegen. Die kommunistisch orientierten Initiatoren der Aktion kündigten an, daß die Protestzüge mit Sicherheit zum Messebeginn fortgesetzt würden. Dem Wortführer dieser „Aktion Roter Punkt“, dem Kabarettisten Dieter Kittner, der wegen seiner Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus der SPD ausgeschlossen wurde, war in der NDR-Sendung „Umschau am Abend“ ein rund 20 Minuten dauernder Demonstrationserauf gestattet wor-

den. Selbst Ministerpräsident Kubel oder Bundesministern werden in dieser Sendung nach Angaben aus dem hannoverschen Funkhaus Interviews von höchstens fünf Minuten eingeräumt.

Die CDU-Niedersachsen hat sofort protestiert.

In einer Anfrage im Landtag will der CDU-Landtagsabgeordnete Haaßengier wissen, ob der NDR als öffentlich-rechtliche Anstalt künftig Sprachrohr „für die Propaganda für Verfassungsfeinde“ sein soll.

Die Demonstrationsaufrufe sind von der DKP und ihren Unterorganisationen, dem Allgemeinen Studentenausschuß der Pädagogischen Hochschulen, der Deutschen Friedensunion, bis hin zur mit öffentlichen Geldern finanzierten Jungen Presse Niedersachsen, die in fester Hand der Kommunisten ist, unterschrieben.

## **Kontroverse in Heidelberg**

Gegen das Südasien-Institut der Universität Heidelberg sind vor dem Untersuchungsausschuß des Stuttgarter Landtages schwere Vorwürfe wegen mangelnder wissenschaftlicher Effizienz, linksextremistischer politischer Tätigkeiten und unkorrekten Finanzgebarens erhoben worden. Über die Aussagen des Politologen Professor Sarkisyanz (UiD Nr. 12, Seite 9) ist es jetzt zu einer Kontroverse mit der Institutsleitung gekommen, die sich besonders gegen die Vorwürfe im finanziellen Bereich zur Wehr setzt. So sollen den beiden Außenstellen in Kabul und Bangkok im Jahresetat 1975 nicht 400 000, sondern nur 100 000 DM zur Verfügung gestellt worden sein. Die Höhe der Tagegelder für Reisen nach Nepal wird, allerdings ohne konkrete Angaben, ebenfalls als unrichtig bezeichnet.

## ■ SPD/FDP

# Demagogie als Rezept zur Erhaltung der Macht

**SPD und FDP versuchen mit Hilfe von Wortverdrehungen und manipulativen Deutungen politischer Aussagen von CDU/CSU-Politikern nicht nur die Öffentlichkeit zu täuschen, sondern sie gleichzeitig agitatorisch gegen den parlamentarischen Gegner aufzuwiegeln. Die sozialdemokratisch-liberale Propaganda bedient sich dabei der klassischen Schule der psychologischen Kriegsführung, die in ihrer Methodik deutliche Anlehnung an die demagogischen Feldzüge des Marxismus-Leninismus findet.**

**D**ie Gefährlichkeit dieser Methode liegt in der Erfahrung, daß selbst moralisch und charakterlich gefestigte Menschen der permanenten Beeinflussung unterliegen und jede menschliche und moralische Hemmung gegenüber dem diffamierten Objekt mit der Zeit auch bei diesen Personen erlischt. Diese Form der psychologischen Kriegsführung wird von der SPD/FDP favorisiert, was durch folgende Satzpassage des stellv. SPD-Vorsitzenden Heinz Kühn belegt werden kann:

*„Warum wiederholst du immer dieses Selbstverständnis unserer Partei in deinen Reden? So werden mich manche fragen. Meine Antwort gebe ich mit der Antwort Karl Liebknechts auf die gleiche Frage, warum er immer wiederhole: Hämmer! Hämmer! Hämmer! — bis*

*der Nagel sitzt“.* (Kühn am 8. Dezember 1974 in Oberhausen)

Die stereotype Wiederholung von Schlagworten wie „Angst und Panikmache“ oder „Das große Geld und die CDU“ oder „Die CDU ist fortschrittfreudlich“, aber auch die ständigen Erwähnungen der angeblichen Ausführungen von F. J. Strauß in Sonthofen sind Beweise für die konsequente Anwendung dieser Agitationstechnik. Nicht der Wahrheitsgehalt, sondern die angestrebte Negativwirkung in der breiten Öffentlichkeit steht im Vordergrund.

Die Regierungspropaganda fördert in letzter Zeit vor allem die politische Lüge, die CDU/CSU argumentiere in ideologischer Nachbarschaft zum Faschismus. Diese Kampagne wurde in ihrer ersten Phase öffentlich getestet, als Heinz Kühn das Bild entwarf, ein CDU/CSU-Wahlsieg begünstige die „Polarisierung“ in der Bundesrepublik und führe in die „Unregierbarkeit“. Kühn fügt nämlich hinzu: *„Auch Adolf Hitler hat einmal das Votum des Volkes bekommen.“* (Am 14. Dezember 1974 im SDR)

Herbert Wehner gab schließlich das Startzeichen für den offiziellen Beginn dieser Anti-CDU/CSU-Kampagne, als er behauptete:

*„CDU/CSU als ‚Volkstfront von rechts‘ aus der Rolle der parlamentarischen Opposition ist die akute Gefahr, mit der sich SPD und FDP befassen und der*

sie widerstehen müssen.“ (Die neue Gesellschaft Nr. 12 vom Dezember 1974) Wehner benutzt bewußt den politischen Terminus „Volksfront“, um die Assoziation eines „kalten Staatsstreichs“ (Wehner) in der Masse zu stimulieren.

Der Tatsache, daß breite Teile der Bevölkerung z. B. den Forderungen der Opposition nach „mehr Sicherheit“ im Lande folgen, setzt die SPD/FDP die Unterstellung entgegen:

*„Langfristig gefährlicher ist es, daß einige Oppositionspolitiker unter dem Vorwand, sie wollten Recht und Ordnung sichern, offenbar bereit sind, rechtsstaatliche und humanitäre Verfassungsprinzipien aufzugeben.“* (Holger Börner, SPD-Bundesgeschäftsführer im SPD-Pressedienst vom 30. Dezember 1974)

Börner steigert diese Propagandathese bis zur antidemokratischen Denunziation der CDU/CSU und formuliert gleichzeitig eine gefährliche Sprachregelung: *„Unionspolitiker... bedienen sich der gleichen Diffamierungstechniken, die die erste deutsche Republik zugrunde gerichtet haben... Am Ende stand der Faschismus.“*

Die SPD unterstellt der CDU/CSU also nicht nur, sie sei bereit, „rechtsstaatliche und humanitäre Verfassungsprinzipien aufzugeben“, sondern scheut sich auch nicht, öffentlich die Union in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken. Die wahre Ursache dieser Attacken entschlüsselt der „Spiegel“, wenn er schreibt: „Die Sozialdemokraten erproben den Wahlkampf mit der Angst vor einem regierungsfähigen Gegner, um im Lande an der Macht zu bleiben. Den Wählern soll eingehämmert werden (vgl. S. 2/3), daß alles auf dem Spiel stünde.“ („Spiegel“ vom 20. Januar 1974/Nr. 4)

Willy Brandt agitiert mit den gleichen „bewährten“ Propaganda-Sentenzen, wenn er im Bundestag deklamiert, die SPD trete dafür ein, die *„freiheitliche Grundordnung zu verteidigen“* (!), *„um ein Wegrutschen unserer Bundesrepublik in ein autoritäres Regime — gleich welcher Art — zu verhindern.“* (Brandt im BT am 13. Februar 1975)

In der Sicherheitsdebatte zitierte Willy Brandt am 13. März 1975 mit großer Ausführlichkeit Adolf Hitler, um daraus eine Gedankenkette zu konstruieren, die den Eindruck erwecken sollte, „die CDU sei Sammelbecken von Alt-Nazis, Poujardisten, Reaktionären, Demagogen und Krisenmachern“ (Helmut Kohl). Und der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel konnte unter dem Beifall der SPD/FDP im Deutschen Bundestag Teile der Opposition mit „Reaktionären“ gleichsetzen und u. a. erklären:

*„Reaktionäre Politiker können den demokratischen und sozialen Rechtsstaat Stück für Stück demontieren. Deswegen bleiben sie die Hauptgefahr für unseren Staat.“* (Gansel im BT am 13. März 1975)

Argumentationsschwäche versucht die SPD/FDP mit Verleumdung zu kompensieren. Nicht der ursächliche Auslöser des Vertrauensschwundes in der Bevölkerung wird analysiert und diagnostiziert, sondern der politische Konkurrent für eigenes Versagen verantwortlich gemacht.

Bereits 1972 hatte Wehner die heutige Propagandastrategie der SPD/FDP angedeutet, als er im Bundestag der Opposition zurief: *„Hier fehlt nur noch die Frage: Wollt' ihr den Totalen Krieg?! ... Nur noch diese Sportpalastfrage.“* ... (Wehner im BT am 24. Februar 1972)

Heute ist diese Strategie, die Opposi-

tion öffentlich nationalsozialistischer Sympathien zu verdächtigen, zur Speerspitze sozialdemokratischer Agitation geworden. Aber nicht nur die SPD bedient sich dieser Propagandaparolen. Auch der Koalitionspartner FDP folgt präzise den Anweisungen und der Agitationspraxis Wehners, der seine frühere politische Grundeinstellung nicht verbirgt, wenn er vor dem Bundestag bekundet: „*Ich habe nie geleugnet, daß ich Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands — der richtigen Kommunistischen Partei Deutschlands — nicht irgendeiner nachgemachten von heute — gewesen bin.*“ (Wehner im BT am 13. März 1975)

Am selben Tag nimmt Wehner dieses Thema übrigens erneut auf, um der CDU/CSU zu unterstellen: „*Wenn Sie*

*das Wort ‚Marxist‘ hören, geht es Ihnen so wie Goebbels damit operiert hat — nichts anders! Sie sind nämlich genauso dumm wie jener es war. Nur war er ganz jesuitisch raffiniert.*“ (Wehner im BT am 13. März 1975)

Hier wird also nicht nur versucht, der Opposition NS-Agitation anzulasten, sondern es wird die Raffinesse dieser Technik gelobt. Wehner zögert so auch nicht, die „bewährten“ Propagandahandgriffe des ehemaligen Reichspropagandaministers zu kopieren.

Die FDP unterstützt Wehner dabei wie folgt: „*Teile der CDU/CSU-Politiker und der Springerpresse unterstützen die Anarchisten dabei, den Boden für einen neuen Faschismus vorzubereiten.*“ (FDP/MdB Helga Schuchardt in „Die Welt“ vom 8. März 1975)

## Wortradikalismus beherrscht die politische Szene

Und der FDP-Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Burkhard Hirsch, erklärte in der Sicherheitsdebatte am 13. März 1975: „*Der Kollege Strauß hat sich der Sprache und Denkformen bedient, die ich in diesem Lande für endgültig verbannt gehalten habe: Es ist die Sprache des Dritten Reiches.*“ (FDP/MdB Hirsch im BT am 13. März 1975)

So wird die politische Atmosphäre vor entscheidenden Wahlen immer mehr bestimmt durch Wortradikalismus und rücksichtslose Anwendung agitatorischer und demagogischer Hilfsmittel. Die parlamentarische Auseinandersetzung wurde eindeutig emotionalisiert und fanatisiert durch Politiker der SPD und FDP. Der Opposition wurde „von Staats wegen“ die Fähigkeit abgesprochen, dieses Land zu regieren. Der CDU/CSU wurde „Angst- und Panikmache“ vorgeworfen, weil sie die Koa-

litionsregierung gewarnt und kritisiert hat.

Bei den Attacken gegen die CDU/CSU ignorieren SPD/FDP-Koalition bewußt, daß sie mit ihrer Kampagne gegen die Union gleichzeitig die augenblickliche Mehrheit der Wähler verteufeln. Denn: die massive Kritik der Regierung an der Opposition impliziert natürlich auch die Verleumdung, die meisten Wähler wären nicht in der Lage, sich selbst ein realistisches Bild von der wirtschaftlichen Situation zu machen.

Der FDP-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Horst Ludwig Riemer, spricht dies aus, wenn er den mündigen Bürger mit der Staatszensur belegt: „*Für verantwortungsbewußte Menschen ist die CDU einfach nicht wählbar!*“ (dpa vom 15. März 1975) (siehe auch Willy Brandt: „*Hinter uns steht das anständige Deutschland.*“ (FAZ vom 13. Mai 1974)

## ■ BRANDT

# Nach dem Holzen plötzlich Sprachschwierigkeiten

**SPD und FDP haben ihre Kampagnen gegen Franz Josef Strauß weit überzogen. Die ständigen Hetztiraden fallen jetzt auf ihre Urheber zurück. Die Bevölkerung will eine sachliche Auseinandersetzung und sie will auch einen fairen Wahlkampf. Selbst Willy Brandt sucht schon Ausreden für seine berüchtigten politischen Holzhackermethoden. Im SPD-eigenen „Politisch-Parlamentarischen Pressedienst“ (PPP) heißt es am 2. April 1975:**

„Mit sprachlich genauer Darstellung wird sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in seinen Kundgebungen darum bemühen, den Absichten des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß bei der Klarstellung des von diesem verwendeten ‚Saustall‘-Begriffs Rechnung zu tragen. Brandt kündigte am Mittwoch in einer ersten Stellungnahme zu der gegen ihn erlassenen einstweiligen Verfügung des Bonner Landgerichts an, daß sich außer Rechtskundigen auch Sprachexperten mit dieser interessanten Frage zu beschäftigen hätten.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Paul Röhner, hat daraufhin an den Vorsitzenden der SPD folgende Fragen gerichtet:

„Herr Brandt, wie haben Sie damals die Empfehlung verstanden, die Bundeskanzler Schmidt Ihnen lt. ‚Stern‘ vom

31. 10. 1974 im Zusammenhang mit ihrer Portugal-Reise gegeben hat: ‚Der sollte besser zu Hause bleiben und den Saustall aufräumen?‘ Ich frage Sie dies deshalb, weil Sie heute vor der Presse in Bonn, auf die gegen Sie ergangene einstweilige Verfügung angesprochen, sich damit herauszureden versucht haben, da gebe es sprachliche Schwierigkeiten.

Das Wort ‚Saustall‘ ist offenbar auch in Norddeutschland — siehe Helmut Schmidt — eine durchaus gängige Umschreibung für Dinge, die nicht in Ordnung sind. Deshalb verwundert es, daß Sie mit dieser Vokabel jetzt ‚sprachliche Schwierigkeiten‘ haben.

Was Herr Strauß in Passau mit der Bezeichnung ‚Saustall‘ gemeint hat, geht aus seiner Rede eindeutig hervor: Nämlich das, was Sie und die von Ihrer Partei gestellte Regierung seit 1969 aus damals übernommener Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, geordneter Staatsfinanzen und gesundem Wirtschaftswachstum gemacht haben.

Das Gericht hat Ihnen untersagt, diese Strauß-Aussage dahingehend zu verfälschen, daß Herr Strauß die Bundesrepublik einen Saustall genannt habe. Denn das hat er nicht gesagt.

Herr Strauß hat in Passau in Richtung SPD/FDP-Regierung genau dasselbe zum Ausdruck gebracht, was Ihr Stellvertreter Schmidt vor einigen Monaten an Ihre Adresse gerichtet hat!

Alle Sprachschwierigkeiten beseitigt?“

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

### Neu im Angebot:

#### Wandzeitung

„Unsere Zukunft steht auf dem Spiel“  
Diese neue Wandzeitung entspricht im Text dem Flugblatt zur Wirtschaftslage, das im UfD Nr. 13 vorgestellt wurde.

Mindestabnahme: 25 Exemplare; Preis: 4,— DM je 25 Exemplare; Best.-Nr. 7338.

#### Broschüren-Serie: Argumente — Dokumente — Materialien

##### ■ Inflation gefährdet Wirtschaft und Gesellschaft

Die Wiedergewinnung der Preisstabilität wurde von der SPD/FDP-Koalition nur halbherzig betrieben. Die Folgen dieser Politik werden in dieser Broschüre eingehend dargestellt. Umfang: 12 Seiten; Mindestabnahme: 25 Exemplare; Preis: 0,26 DM pro Exemplar; Best.-Nr. 5347.

##### ■ Das Programm der CDU gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Eine kurze Darstellung der Maßnahmen, die die CDU zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit vorschlägt. Ferner ist der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit abgedruckt. Um-

fang: 8 Seiten; Mindestabnahme: 25 Exemplare; Preis: 0,11 DM pro Exemplar; Best.-Nr. 5345.

##### ■ Berufsbildung — Bildungschance mit Zukunft

Die Reden von Helmut Kohl, Professor Hans Maier, Dr. Bernhard Vogel und Werner Scherer auf dem Berufsbildungskongreß der CDU am 14./15. März 1975 in Saarbrücken und die Berichte aus den Arbeitskreisen des Kongresses. Umfang: 48 Seiten; Mindestabnahme: 25 Exemplare; Preis: 0,75 DM pro Exemplar; Best.-Nr. 5344.

#### Argumentationskarten

##### ■ Kommunalpolitik

Gegenüberstellung der kommunalpolitischen Grundsätze von CDU und SPD. Mindestabnahme: 100 Exemplare; Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare; Best.-Nr. 6346.

##### ■ Vermögenspolitik

Diese Argumentationskarte informiert über das vermögenspolitische Konzept der CDU und über die Ablehnung der privaten Vermögensbildung durch die SPD. Mindestabnahme: 100 Exemplare; Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare; Best.-Nr. 6343.

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1,  
Postfach 6666, Telex 933 753 isver v. d.**

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

**ZITAT**

## Der Knick in Hans Matthöfers Optik

*Die Regierung eines anderen Staates als „Mörderbande“ zu bezeichnen, wird nicht jedermanns Geschmack sein. Bundesminister Matthöfer nimmt solche Ausdrucksweise jedenfalls für sich in Anspruch. Allerdings nur, wenn es um das Militärregime in Chile geht.*

*Interessanter als die Antwort auf die Frage nach diplomatischer Gehörigkeit oder Unehörigkeit ist, wen Matthöfer nicht „Mörderbande“ nannte. Die politischen Installateure der Todesautomaten an den innerdeutschen Grenzen erfuhren diese Beschimpfung nicht. Auch nicht die Terroristen Arafats. Das nordvietnamesische Regime, der Vietkong und die Roten Khmer waren ebenfalls nicht gemeint. Matthöfers drastisches Vokabular gilt also durchaus nicht allen politischen Mordsystemen.*

*Der Streit darum, ob Entwicklungshilfe unabhängig von politischen Voraussetzungen gezahlt werden soll oder nicht, ist alt. Es gibt einleuchtende Argumente für beide Möglichkeiten. Aber es gibt kein gutes Argument für eine ideologisch gesteuerte Hilfsbereitschaft. Nichts anderes dürfte im Falle politischer Differenzierung der Entwicklungs-*

### Anschritt:

*leistungen der Maßstab sein, als die Konzession demokratischer Freiheit im Empfängerland.*

*Matthöfers Kanalisierungssystem entspricht aber dem weitverbreiteten Messen mit zweierlei Maß. Er steht da nicht allein. Der DGB lehnte eine Einladung der griechischen Gewerkschaften zur Zeit der Obristendiktatur entrüstet ab, pflegte aber gleichzeitig seine Beziehungen zu den sowjetischen Gewerkschaften bruderkußbereit. Repräsentanten Südvietnams wurden in Bonn brüskiert und gedemütigt, Breschnjew lag in den Armen eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Jugoslawien bekam eine Milliarde. Polen soll der gleiche Betrag zur Verfügung stehen, Ost-Berlin bekam zinslose Kredite in ähnlicher Größenordnung. Für Chile aber gibt es nichts. Warum dann für die anderen? Und wenn für die anderen, warum dann nicht für Chile? Beim Bundesforschungsminister braucht man danach nicht zu forschen. Er verwechselt Entwicklungshilfe mit einer Finanzierung des internationalen Sozialismus.*

**Die Welt vom 7. April 1975**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UjD**